

Pressespiegel = Reflets de presse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **73 (1982)**

Heft 16

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, die durch den 1. Weltkrieg und die Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre gekennzeichnet war, blieb der Elektrizitätsverbrauch im Tätigkeitsbereich der ENSA gering und wurde fast restlos durch ausserkantonale Produzenten gedeckt. Umso dynamischer verlief dann die Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg, als der wirtschaftliche Aufschwung und die technische Modernisierung den Strombedarf steil ansteigen liessen. 1953 nahm das gemeinsam mit Frankreich am Doubs gebaute Wasserkraftwerk Le Châtelot den Betrieb auf. Der eigentliche Durchbruch zur überwiegenden Selbstversorgung kam aber erst 1964, als aus der ersten Anlage der Gommer Kraftwerke (GKW) Strom (allerdings über fremde Leitungen) ins Neuenburgische floss.

Im Betriebsjahr 1981/82 konnten nun ENSA und FMN ziemlich genau zwei Drittel der verkauften Elektrizität in eigenen Kraftwerken erzeugen. Seit 1957, also im Laufe des vergangenen Vierteljahrhunderts, stieg die Abgabe von Strom um fast das Fünffache auf jährlich 680 GWh. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Investitionen um das Sechsfache, die Abschreibungen um das Zwölffache und die Verkaufserlöse um das Achtfache; der Personalbestand verdoppelte sich auf 250. Voraussetzung für diese eindruckliche Expansion in Anbetracht der schwierigen Umstände war eine zielstrebige, einfallreiche Politik mit vielfältigen Dispositionen und einigen Umstrukturierungen. Die Gruppierung von Unternehmen unter der Ägide der ENSA umfasst nun, was in der Schweiz einmalig ist, neben der Erzeugung und Verteilung von Elektrizität (ENSA, GKW, EGS) und der Gasversorgung (GANSA) auch Gesellschaften, die sich mit Forschung und Diversifikation befassen (FMN, PANENSA). So ist kürzlich eine Vorserie von Generatoren mit Windrad-Antrieb (Leistung 5–10 kVA) fertiggestellt worden, deren weitere Entwicklung einiges verspricht. Und vor der Presse äusserte sich ENSA-Generaldirektor Alphonse Roussy anlässlich des Jubiläums recht optimistisch bezüglich der Möglichkeit, die Steinkohlevorkommen im Kanton Neuenburg für die Stromerzeugung zu nutzen und so den Selbstversorgungsgrad weiter zu erhöhen. Ci

Elektrizitätswerk Herrliberg

Der Betriebsleiter, Herr Urs Fasola, ist per 30.3.1982 in die Privatwirtschaft übergetreten. Zum neuen Chef der Abteilung Tiefbau/Werke wählte der Gemeinderat per 10.5.1982 Herrn Peter Barmert, wohnhaft in Feldmeilen.

Au cours de la première moitié de ce siècle, qui fut marqué par la 1^{re} Guerre mondiale et la crise économique des années 30, la consommation en électricité à l'intérieur du champ d'activité de l'ENSA était minime et en majeure partie couverte par des producteurs externes au canton. L'évolution fut d'autant plus dynamique après la 2^e Guerre mondiale, lorsque l'essor économique et la modernisation technique entraînent une hausse fulgurante des besoins en électricité. En 1953, la centrale hydraulique du Châtelot, construite conjointement avec la France au bord du Doubs, fut mise en service. Mais ce fut seulement en 1964 que l'obstacle à un approvisionnement pratiquement autonome fut franchi, lorsque l'électricité de la première installation des Gommer Kraftwerke (GKW) arriva à Neuchâtel (toutefois par le biais de lignes étrangères).

Au cours de l'exercice 1981/82, l'ENSA et la FMN ont produit dans leurs propres centrales assez exactement les deux tiers de l'électricité distribuée. Depuis 1957, donc au cours du dernier quart de siècle, la distribution d'électricité a presque quintuplé, passant à 680 GWh par an. Durant la période analogue, les investitions ont augmenté de six fois, les amortissements de douze et les recettes de huit fois; l'effectif du personnel a doublé en passant à 250. Cette expansion impressionnante put être réalisée, en dépit de circonstances difficiles, grâce à une politique ambitieuse et créative, grâce à de multiples adaptations et quelques restructurations. Le groupe d'entreprises sous l'égide de l'ENSA comprend actuellement – fait unique en Suisse – outre des producteurs et distributeurs d'électricité (ENSA, GKW, EGS) et de gaz (GANSA), des sociétés qui s'occupent de recherche et de diversification (FMN, PANENSA). C'est ainsi qu'une présérie d'aérogénérateurs (éoliennes) d'une puissance de 5–10 kVA fut récemment élaborée, machines dont l'avenir semble prometteur. A l'occasion de la conférence de presse tenue lors du jubilé le directeur général de l'ENSA, M. Alphonse Roussy, s'est montré optimiste en ce qui concerne l'utilisation des gisements de houille dans le canton de Neuchâtel pour la production d'électricité, permettant ainsi d'augmenter encore le degré d'autonomie au niveau de l'approvisionnement. Ci

Pressespiegel – Reflets de presse



Fernsehen mit viel Spannung

Nein, Sie gehen falsch: Ich werde nicht von den spannungsgeladenen Fussballmatches berichten, dazu bin ich zu wenig (bzw. überhaupt nicht) «angefressen». Vielmehr soll dies eine sehr lobende Kritik einer Fernsehsendung sein, die im Rahmen von «Menschen, Technik, Wissenschaft» (einer Rubrik, die trotz allgemein hohem Niveau eine viel zu kleine Zuschauerschaft mobilisiert) am Schweizer Fernsehen am Montagabend ausgestrahlt wurde.

Unter dem Titel «380 000 Volt auf Abruf» wurde eine Direktreportage aus dem modernen Wasserkraftwerk im Tamina- und Calfeisental berichtet. Es begann mit ausgezeichneten Bildern aus dem Helikopter, der von Mapragg bis St. Martin die Landschaft und die Kraftwerkanlagen erfasste. Die technischen Belange des Pumpspeicherbetriebs wurden unkompliziert und klar anhand von Graphiken und Modellen erklärt. Von besonderem Interesse waren die kurz eingestreuten Interviews mit jenen Leuten, welche Tag für Tag für den Betrieb und die Sicherheit dieses monumentalen Werkes der Technik verantwortlich sind, sei es nun an den beeindruckenden «Cockpits» oder in den dunklen Kontrollschächten der Staumauer.

Dem Kameramann hat die Technik offenbar keinen Schreck eingejagt: Mit seiner mobilen Ausrüstung kroch er durch Rohre und enge Gänge, begleitete die Kontrolleure durch die Schächte der Staumauer und filmte sogar eine Turbine von innen und unten. Einige Aufnahmen besitzen wohl Seltenheitswert, denn sie wurden während fälliger Revisionsarbeiten gemacht. Sogar der Grundablass der Staumauer in Mapragg wurde «fürs Fernsehen» kurz geöffnet und liess seine imposante Fontäne machtvoll sprudeln.

Kritik prasselt oft aufs Fernsehen nieder. César Kaiser nannte die «Glotze» kabarettistisch einen «Verdubeligsschirm». Mit der Sendung über die Kraftwerke Sarganserland hat das Schweizer Fernsehen einmal Lob verdient. Ein gut gemachter und meisterlich aufgenommener Film hat die instruktiven Möglichkeiten des Mediums unter Beweis gestellt. Ich hoffe, dass zumindest Unsportliche oder Besitzer eines Zweitgerätes in dieser WM-Zeit «Menschen, Technik, Wissenschaft» eingeschaltet hatten. tp

«Sarganserländer», Mels, 23. Juni 1982

Substitution von Erdöl ist fortzusetzen

Bern/Paris. S. D. In den Mitgliedstaaten der Internationalen Energie-Agentur (IEA) sind in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte in der Reduktion der Erdölabhängigkeit erzielt worden. Die IEA sieht aber für die Zukunft die Gefahr, dass die Industrieländer in ihren weiterhin dringend notwendigen Anstrengungen nachlassen, ihre Abhängigkeit von Erdölimporten herabzusetzen, heisst es im jüngsten Bericht der Agentur, der gestern in Paris vorgestellt wurde. Der Schweiz wird empfohlen, die hängigen Vorlagen zum Energieverfassungsartikel und der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst möglichst zügig zu behandeln.

Nach Angaben der IEA, die im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) der westlichen Industriestaaten tätig ist, nahm der Erdölanteil in der Primärenergiebilanz zwischen 1973 und 1980 von 51,4 auf 47,5 Prozent ab. Die IEA-eigene Energieproduktion stieg in dieser Zeit um 13 Prozent. Beinahe drei Fünftel dieser Zunahme fiel auf die Jahre 1979 und 1980, wobei die festen Brennstoffe 49 und die Kernenergie 28 Prozent zur Produktionssteigerung beitrugen. In der Schweiz nahm die Erzeugung von Primärenergie um 14 Prozent zu. Auch in Zukunft erwarten die IEA-Länder eine weitere Verminderung der Erdölabhängigkeit. Nach neuesten Prognosen soll der Erdölanteil bis 1990 um fast zehn Prozentpunkte auf 37,4 Prozent herabgesetzt werden. Die IEA-eigene Erzeugung soll um 25 Prozent zunehmen (Kernenergie +100, Kohle +39, Gas -1, Erdöl -3 Prozent).

Energieverfassungsartikel begrüsst

Wie das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement mitteilte, deutet im Bericht der IEA einiges darauf hin, dass weitere Erfolge in Zukunft schwieriger zu erzielen sein werden als in der Vergangenheit. Entscheidend sind laut IEA der Preismechanismus, die Beseitigung vielfach bestehender Markthindernisse und vermehrte Investitionen im Energiebereich. Dazu gehörten auch speditivere Bewilligungsverfahren für neue Kraftwerke. Im Bericht über die schweizerische Energiepolitik anerkennt die IEA die bisherigen Anstrengungen von Bund, Kantonen und Wirtschaft zur Verminderung der Erdölabhängigkeit. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Schaffung eines Energieartikels in der Bundesverfassung wird begrüsst. Die IEA richtet an die Schweiz die Empfehlung, den Energieartikel und die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst im Rahmen der demokratischen Strukturen möglichst zügig zu behandeln, um die vorhandenen Unsicherheiten so rasch wie möglich zu beseitigen.

Alternativen im Angebot entwickeln

Weiterhin zu verstärken, zu koordinieren und zu unterstützen ist nach Ansicht der IEA die Energiepolitik der Kantone. Im Hinblick auf eine Annahme des Energieartikels sei die Gesetzgebung zur Einführung von Sparmassnahmen vorzubereiten. Weiter empfiehlt die IEA, Informations- und Aufklärungskampagnen in der Öffentlichkeit über das Energieproblem fortzusetzen und zu verstärken, wobei ihr Einfluss auf das Verbraucherverhalten fortlaufend zu überprüfen sei. Die Erweiterung der Fernheizung auf der Basis von anderen Energieträgern als Erdöl, insbesondere Kohle, Abwärme und Wärme-Kraft-Kopplung, sei zu fördern. Auf der Angebotsseite empfiehlt die IEA der Schweiz, im Bereich der Elektrizitätsproduktion Alternativstrategien, einschliesslich der Wärme-Kraft-Kopplung, zu entwickeln, die Verwendung von Kohle als Substitutionsenergie in der Industrie sowie den Einsatz von Erdgas und Liefervereinbarungen für die Zeit nach 1985 zu fördern. Ausserdem sei das Problem der Lagerhaltung für Krisenfälle zu lösen. Schliesslich sollten nach Ansicht der IEA die noch ungenutzten Wasserkraftkräfte gefasst werden, soweit dies vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit und des Umweltschutzes her gesehen möglich ist.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 29. Juni 1982

Die Basler noch glaubwürdig?

Von 1970 bis 1980 hat in der Schweiz der Stromverbrauch pro Einwohner um 35,6 Prozent zugenommen, im Kanton Basel-Stadt sogar um 51,1 Prozent. Diese Tatsache hat nichts mit politischer Überzeugung oder Ideologie zu tun, sondern ist Spiegelbild unseres Verhaltens.

In den beiden Basel haben sich in verschiedenen Abstimmungen Mehrheiten gegen die Kernenergie und gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst ausgesprochen, allerdings auch für das revidierte Atomgesetz. Dieses überträgt den Entscheid über Kaiseraugst dem Bund. Es gibt zwar in der Kernenergiefrage in Basel auch grosse schweigende Minderheiten, ja mitunter sogar schweigende Mehrheiten. Denn 62,5 Prozent der Stimmberechtigten blieben im Mai 1979 daheim.

Ein politischer Entscheid

Kein Zweifel, die Meinungen über Kaiseraugst gehen auseinander? Es ist ein politischer Entscheid, der uns in Bern bevorsteht. Dabei geht es nicht nur um Kernenergie und das Kernkraftwerk Kaiseraugst, sondern auch um die *Glaubwürdigkeit* – auch jene der Region Nordwestschweiz.

In unserem Land bezifferte sich 1980 der Stromverbrauch pro Einwohner auf 6034 kWh, im Kanton Basel-Stadt auf 6683 kWh und in Baselland auf 6347 kWh. Die Basler brauchen also mehr Strom als die anderen Schweizer!

Grosse Verbrauchszunahme beim Haushalt-Strom

Und noch paradoxer: Während der 10jährigen Opposition gegen Kaiseraugst ist im schweizerischen Mittel der Pro-Kopf-Stromverbrauch um 35,6 Prozent angestiegen, in Basel-Stadt jedoch um 51,1 Prozent. Die Zunahme wäre noch grösser, wenn nicht die Industrie rigorose Energiesparmassnahmen getroffen hätte; so nahm im Bereich der Elektra Birseck beispielsweise der Verbrauch an Haushalt-Strom von 1970 bis 1980 um 73,4 Prozent zu. In Zahlen: von 139 auf 257 Mio. kWh.

Sicherung der Arbeitsplätze

Im Jahre 1988 fällt das Kraftwerk Augst-Wyhlen für Basel aus, und damit werden 8 Prozent der heutigen Versorgung fehlen. Umgekehrt wird ab 1983 die Abwasserreinigungsanlage der «Pro-Rheno» zu einer Strom-Verbrauchssteigerung von 5 Prozent führen. Angesichts der drohenden Stromlücke und der Stimmung in der Region musste die Basler Chemie mit der Atel (Hauptaktionär des Kernkraftwerkes Gösgen) einen Stromlieferungsvertrag abschliessen, um die Arbeitsplätze erhalten zu können ...

Der Strom, den man heute und morgen in den beiden Basel braucht, kommt vor allem aus den Wasserkraftwerken der Gebirgskantone und aus den Kernkraftwerken in anderen Kantonen. Um den Bedarf weiterhin zu decken, sind auch die Basler auf Kernenergie angewiesen!

Seit Jahren opponieren die Basler gegen die Kernenergie – brauchen aber immer mehr davon. Ist man damit südlich des Juras noch glaubwürdig?

Energieforum Nordwestschweiz

«Badener Tagblatt», Baden, 30. Juni 1982

Verteufelung der «bösen Technokraten»

Die Empfehlung der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris, die Schweiz solle den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst rasch an die Hand nehmen, ist der sozialdemokratischen Presse in den falschen Hals geraten. In recht harschen Kommentaren fällt sie über die «Pariser Technokraten» her. So meint beispielsweise die «Berner Tagwacht», Technokraten «sollten alle drei Monate Bildungsurlaub nehmen müssen... um in Sonderkursen in das Demokratieverständnis eingeführt zu werden». Und weiter meint der Tagwacht-Chefredaktor, in der IEA müsste es doch einige Schweizer haben, die wissen müssten, dass «vor nicht allzu langer Zeit in unserem Lande eine Atominitiative nur hauchdünn verworfen wurde, ein Volksbegehren, das lanciert worden war, um den Bau weiterer Kraftwerke zu verhindern».

Wer im besagten Falle eigentlich ein schlechtes Demokratieverständnis beweist, die Technokraten oder die SP-Kommentatoren, wäre noch zu untersuchen. Immerhin hat sich eine Mehrheit der Schweizer gegen den Versuch ausgesprochen, die Kernkraft in der Schweiz abzumurksen. Das müssten so empfindliche Sittenwächter der Demokratie eigentlich zur Kenntnis nehmen. In Paris scheint man immerhin zu wissen, dass eine Mehrheit der Stimmberechtigten eine sinn- und massvolle Kernenergie-Anwendung nicht a priori ablehnt. Unter Demokratieverständnis versteht man bisher je-

doch auch das Eingeständnis, dass Mehrheitsentscheide zu respektieren sind. Bei aller Rücksichtnahme auf Minderheiten. Was jedoch die Atomgegner versuchen, kommt einem Diktat der Minderheiten gleich. Dazu können weder wir noch die «bösen Technokraten» ja sagen.

Im übrigen ist mit der Verteufelung der Technokraten, mit den Glaubenskriegen in der Energiepolitik nicht weiterzukommen. Dabei kommt den vielgeschmähten Technikern und Fachleuten die wichtige Aufgabe zu, weiterhin sachlich und emotionslos zu informieren. Auch wenn sie das angesichts der unqualifizierten Angriffe aus der Front der Atomgegner nur schwer tun können. Dass im übrigen eine Mehrzahl der Schweizer diesem Dialog nicht ablehnend gegenübersteht, weiss bei uns jeder, der nicht die Absicht hat, Demokratieentscheide ins Gegenteil umzufunktionieren.

Anton Stadelmann

«Schweiz. Bodensee-Zeitung», Arbon, 6. Juli 1982

Bohrproportionen

Manchmal fällt es schwer, die ver-rückte Welt zu verstehen, Verhältnismässigkeiten zu erkennen. Das bezieht sich jetzt beileibe nicht auf das verfllossene, offenbar gewaltige Ereignis internationalen Tschutzens, sondern schlicht und einfach auf die Nagra-Bohrungen, auf einen Vorgang somit, der noch unter den Füßen stattfinden wird.

Wir gehen von der kühnen Annahme aus, dass der Vorgang bautechnisch identisch sei, ob man dort unten im Grundgebirge nachsieht, ob es Erdöl, Erdgas, Spuren des Orpheus, Thermalwasser oder aber Steine gibt, in die man Stahlbehälter mit verglastem Atomkehricht einlagern könnte. Man baut in jedem Fall einen Bohrturm auf, schraubt Bohrer an Bohrer und bohrt und bohrt.

Im Prinzip müssten an jeden Bohrplatz die gleichen Anforderungen gestellt werden, da der Bohrvorgang immer gleich bleibt, nur das Bohrziel sich ändert. Diese auf Logik abgestützten Überlegungen stimmen aber nicht, weil sie den politischen Faktor nicht einbezogen haben. Es gibt sympathische Bohrungen, wie die Suche nach Erdöl, aus dem man so edle Stoffe wie Benzin und Heizöl destillieren kann, und unsympathische, die mit einer anderen Energie, der ebenso gefragten wie verpönten Kernenergie, zusammenhängen. Grübelt man wegen letzterer, obschon an diesem Grübeln von Radioaktivität und dergleichen keine Spur ist, muss der Bauplatz viel perfekter eingerichtet sein. Ja, man schafft sogar eine spezielle Bundeskommission, welche diese Perfektion zu überwachen hat. Nagra-Chef Rometsch auf diesen vom Tagblatt vorgetragenen Einwand leidgeprüft: «Alles, was mit Kernenergie auch im entferntesten zu tun hat, stösst auf grössere Empfindlichkeiten.»

Man verstehe uns nicht falsch: Kein Wort gegen Sicherheit, nichts gegen ein nach menschlichem Ermessen 105prozentig sicheres Lager für die hochaktiven Abfälle. Aber was jetzt in Böttstein geschieht, ist nicht etwa der Bau solch eines Lagers, sondern es ist die erste von 12 Versuchsbohrungen.

Erfreulich an dieser verzerrten Situation ist das Verhalten der sieben aargauischen Bohrgemeinden. Dort sind die Verhältnismässigkeiten noch in Ordnung. Neben Böttstein haben Riniken, Leuggern und Kaisten das Sondieren ohne grosses Federlesen bewilligt, und die Hornusser Bewilligung soll bereits auf der Post sein. Anlässe und Reaktion stimmen dort. Des Böttsteiner Gemeindevorstandes Ringele einzige Sorge: «Wir hoffen nur, keinen unerwünschten Besuch haben zu müssen.» Er meinte nicht die Bohrequipe.

Walter Hess

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 13. Juli 1982

Steuerparadiese in Graubünden dank Kraftwerkeinnahmen

W.St. Dank den Einnahmen der Wasserkraftwerke sind in verschiedenen Konzessionsortschaften die Gemeindesteuern sehr tief. Besonders günstige Sätze kennen die Gemeinden Marmorera (10

Prozent), Sufers (25 Prozent) und Rongellen (33⅓ Prozent). Die kantonalen bündnerischen Ansätze gelten im schweizerischen Mittel als günstig. Ebenfalls ein freundliches Steuerklima weisen Nidwalden und Zug auf, dies bei der Besteuerung von natürlichen Personen.

Vorbei sind die Zeiten, in denen man gemeinhin Graubünden als das Armenhaus der Schweiz bezeichnen konnte, wo Steuern in grossem Ausmasse erhoben werden mussten, um die Kantons- und Gemeindeaufgaben zu erfüllen. Einer Untersuchung der Schweizerischen Bankgesellschaft zufolge zahlt ein Verheirateter, wohnhaft im Kantonshauptort, mit einem Einkommen von 50 000 Franken nur in Nidwalden und Zug weniger Einkommenssteuern als im Bündner Hauptort Chur. 12 Prozent seines Einkommens muss der Lohnbezüger in Chur für die Begleichung der Kantons-, Gemeinde- und Wehrsteuer aufbringen. Zug verlangt in diesem Fall bloss Abgaben in der Höhe von 9,7 Prozent, während man in Freiburg immerhin satte 16,6 Prozent für den Staat abliefern muss. Ähnliche Ergebnisse eruierte auch die «Woche». Als Vergleich für das Ausmass der Steuerbelastung natürlicher Personen zieht diese Publikation einen Totalindex der Steuerbelastung herbei. Auch nach dieser Berechnung steht Graubünden mitten in der Gruppe der steuergünstigen Kantone. Nur Zug, Nidwalden und Appenzell Ausserrhodens verlangen übers Ganze gesehen weniger Abgaben.

Nachdem nun Graubünden als Ganzes innerhalb der schweizerischen Eidgenossenschaft als ein steuergünstiges Gebiet angesehen werden kann, spielt es noch eine wesentliche Rolle, in welchem Teil des Kantons die Steuern bezahlt werden müssen. Da neben der Kantonssteuer, die natürlich für alle Einwohner gleich gross ist, auch Gemeindeabgaben entrichtet werden müssen, können namhafte Unterschiede entstehen. Dabei entpuppt sich die Oberhalbsteiner Gemeinde *Marmorera* als ein wahres Steuerparadies. Im Moment beträgt die Gemeindesteuerabgabe der Oberhalbsteiner Gemeinde ganze 10 Prozent der geltenden Kantonssteuer. Bezieht ein unverheirateter Steuerpflichtiger ein Jahreseinkommen von 50 000 Franken, zahlt er 3657 Franken Kantonssteuer und in Marmorera dazu noch Fr. 365.70 Gemeindesteuern. Die Abgaben für dieselbe Person mit Wohnsitz in Chur verändern sich natürlich nur auf der Position Gemeindesteuern. Die Stadt kennt dabei einen Steueransatz von 90,91 Prozent der geltenden Kantonssteuer. Damit belaufen sich die Gemeindeabgaben in Chur auf 3324 Franken.

Noch schlechter kommt eine natürliche Person weg, die in einer Gemeinde wohnt, welche den heute höchst angewandten Gemeindesteuerfuss kennt. Immerhin 64 Bündner Ortschaften haben denselben auf 120 Prozent fixiert. Bei einem angenommenen Jahreseinkommen von 50 000 Franken muss damit ein Steuerpflichtiger 4388 Franken Gemeindesteuer bezahlen. Jahr für Jahr entrichtet er damit 4000 Franken mehr Steuern, als dies ein Einwohner in Marmorera tut.

Ursachen für die Steuerparadiese

Die Bündner Steuerparadiese haben eine Gemeinsamkeit. Taufpate bei ihrer Entstehung sind die Wasserkraftwerke. So erhält die 36-Seelen-Gemeinde Marmorera aus der Verleihung der Wasserrechte von den Elektrizitätswerken Zürich gute 36 000 Franken Entschädigung. Dazu kommt noch eine Inkonvenienzentschädigung von 66 000 Franken, die ihre Ursache darin hat, dass das alte Dorf Marmorera unter Wasser gesetzt werden musste. Ähnlich präsentiert sich die Situation in der Region Schams-Rheinwald. Die kleine Gemeinde *Rongellen*, von 32 Einwohnern bewohnt, verlangt nur eine Gemeindesteuer von 33⅓ Prozent der geltenden Kantonssteuer. In *Sufers* im Rheinwald zahlt der Steuerpflichtige gar nur 25 Prozent Gemeindeabgaben. Auch in diesen Fällen führen die zahlreichen Einnahmen aus der Verleihung der Wasserrechte und natürlich auch die geringen Ausgaben für die Infrastruktur zu diesen günstigen Steuersätzen.

«Bündner Zeitung», Chur, 14. Juli 1982